

# Leipziger Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 257

Hauptredaktion: Dr. Coerth, Leipzig

Donnerstag, den 5. Juni

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1919

# Das Todesurteil gegen Levinie bestätigt

## Die Sühne für die Münchener Schreckensherrschaft

München, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Gesamtministerium hat das Todesurteil gegen Levinie bestätigt. Die standrechtliche Erschießung wird demnach noch im Laufe des heutigen Tages vollzogen werden.

München, 4. Juni. (Eig. Drahtber.) Der Aktionsausschuß der U. S. P. München hat an Ministerpräsident Hoffmann folgendes Telegramm geschickt:

Herr Ministerpräsident! Das Standgericht hat den Arbeiterführer Levinie-Rissen zum Tode verurteilt. Sie aber haben, Herr Ministerpräsident, die rote Armee als kriegsführende Macht anerkannt. Es wurde also ein wehrloser Kriegsgefangener standrechtlich verurteilt. Ferner: Das Mitglied Ihres Kabinetts Militärminister Schuppenhock wurde vom Standgericht einstimmig als Junge abgelehnt. Sie können die Verantwortung für den Vollzug dieses Urteils so lange nicht übernehmen, als die Nichtbeteiligung eines Mitgliedes Ihres Kabinetts an der Selbstführung der Räterepublik nicht einwandfrei feststeht. Wir verlangen daher die Aufhebung dieses Urteils. Als Sozialisten erinnern wir Sie an die internationalen Beschlüsse über die Aufhebung der Todesstrafe. Der Aktionsausschuß der U. S. P.

## München gegen Putschversuche gesichert

München, 4. Juni. (Drahtbericht.) Ueber die Lage in München wird vom Gruppenkommando Nochi gegenüber den wilden im Lande verbreiteten Gerüchten folgender Bericht gegeben: In München herrscht Ruhe. Eine Besorgnis vor Weberkriege von Justizräten, wie sie der Monat April über München gebracht hat, ist untergründet. Doch hier und da noch von vereinzelt spartakistischen Fanatikern auf Posten

und Patrouillen geschossen wird, ist eine erklärliche Erscheinung und gehört zu den Nachwirkungen des Umsturzes. Ebenso ist es dem Gruppenkommando bekannt, daß die Spartakisten ihre Wahlarbeit fortsetzen und die Regierungstruppen zu verführen suchen. Gegen die Wählerarbeit und gegen etwaige Putschversuche sind seitens der Militärbehörden überall Vorkehrungen getroffen. Die Sicherheit der Stadt und ihrer Einwohner ist durch die getroffenen militärischen Maßnahmen gewährleistet. In diesen notwendigen Maßnahmen gehören auch die Verteidigungsanlagen vor den Kommandobehörden.

## Drohender Streik der Gemeindefunktionäre

München, 4. Juni. (Drahtbericht.) Es besteht die Gefahr, daß die Münchener Gemeindefunktionäre, falls ihre Forderungen auf erhöhte Leuerungsanlagen nicht anerkannt werden sollen, in den Streik treten. Das könnte bedeuten, daß München einige Zeit ohne Licht, Gas und Wasser ist. Eine Klärung der Lage war bis zum Abend noch nicht eingetreten.

## Streikdrohung des Berliner Vollzugsrates

Berlin, 5. Juni. (Drahtbericht.) Der bayerischen Regierung ist vom Großen Berliner Vollzugsrat folgendes Telegramm zugegangen: Die Berliner Arbeiterchaft ist tief empört über das Todesurteil gegen Levinie. In den bedeutendsten Betrieben Berlins besteht der feste Wille, die Arbeit niederzulegen, falls das Todesurteil vollstreckt werden sollte, was die schwere Folge haben dürfte, daß weitere Kreise der deutschen Arbeiterchaft zu dem gleichen Entschluß getrieben werden. Um das deutsche Wirtschaftsleben vor erneuten, vielleicht tödlichen Erschütterungen zu bewahren, fordern wir die bayerische Regierung auf, dafür zu sorgen, daß das Todesurteil nicht vollstreckt wird.

Zu dem Telegramm des großen Berliner Vollzugsrates sagt der 'Vorwärts', er halte es für falsch, den Kampf um Levinies Leben durch Drohungen auf eine Machtprobe hinauszu spielen; um so eindringlicher möchte er der bayerischen Regierung raten, bei ihrer Entscheidung nicht der Furcht vor Folgen, sondern der Stimme der Menschlichkeit Gehör zu geben.

## Der Schlag gegen Wien

G. M. Als die österreichischen Delegierten sich auf den Weg nach Versailles machten, glaubte der 'Temps' mitteilen zu können, daß der Verband Deutsch-Oesterreich für einen etwaigen Verzicht auf den Anschluß an Deutschland reichliche Entschädigungen gewähren würde. Derselben Lockungen gab zur gleichen Zeit die scheinbar mit Objektivität urteilende, aber in ihrer Meinung allzu stark einseitig gebundene, ententistisch eingestellte 'Neue Zürcher Zeitung' als ihre Auffassung wieder. Zwar kam auch das Schweizer Blatt an der Einverleibung der deutschen Gebiete Nordböhmen und Sudetenland in den Tschechenstaat nicht vorbei, versuchte jedoch einen solchen Gewaltakt mit der neuen Folgerung zu beschönigen, daß die starke deutsche Minorität im tschechischen Staat diesen gerade zu freundschaftlichen Beziehungen zu Deutsch-Oesterreich als dem Kulturstammland dieser Minderheit hinstellen würde. Ein derartiger Gedankengang überrascht angesichts der wilden Tschechisierungsvorwürfe und der überhitzten Unuldamsamkeit Prags gegenüber allem Deutschen und zeigt, zu welchen Versteigerungen Entente-Freunde kommen, wenn sie meinen, der alliierten Politik eine Ehrenrettung schuldig zu sein. Die Zürcherin stellte dann in Aussicht, daß der Böhmerwaldgau, Südmähren, das deutsche Südtirol, der südliche Teil von Kärnten und Steiermark bei Deutsch-Oesterreich bleiben und das deutschsprachige Westungarn diesem zugefügt werden würden. Solche Konzessionen würden nach der Ansicht des Blattes den Anschluß, mag er auch vom nationalen Gesichtspunkt ideale Gründe gehabt haben, reichlich aufwiegen.

Nichts ist von alledem eingetroffen. Der Viererrat greift nicht allein in schroffer Form in das Selbstbestimmungsrecht Deutsch-Oesterreich ein, sondern reißt ebenso mit dem Vertrag, der die Isolierung des Staates zwischen Wien und Brenner zur Voraussetzung hat, all die obengenannten Gebiete ab. Nicht in Wien wird auch die Politik des französischen Vorkämpfers in Wien, Allié, und des dortigen britischen Bevollmächtigten, des Obersten Cunningham, bloßgestellt, die gewichtige politische Kreise und Parteien für die anstößigere Politik mit dem Verprechen weitgehender Zugeständnisse territorialer und wirtschaftlicher Art zu gewinnen suchen. Da die alliierten Bevollmächtigten zweifellos im Auftrage von Paris gehandelt haben, so ist die Richterfällung von Verhandlungen nur mit einem Szenenwechsel im Rat der Alliierten zu erklären. Dafür spricht auch, daß der in St. Germain überreichte Entwurf nur einen Teil der Bedingungen enthält, den beispielsweise sogar in der territorialen Frage noch Lücken aufweist, während andere wichtige Vertragsstellen erst jetzt durchberaten werden sollen. Sehr leicht ist dieser Rückstand auf eine Aenderung des vor dem eingenommenen Standpunktes zurückzuführen. Man tut wohl den Dingen keine Gewalt an, wenn man die Gründe für die Neuinstellung in der Anschlußfrage oder — wie sich der 'Temps' ausdrückt — in der Frage der 'Annexion Wiens' durch Berlin sucht, denn diese Frage ist eben der Kernpunkt für die Haltung der Alliierten, besonders Frankreichs, das sich in der Regelung der mitteleuropäischen Fragen die erste Stimme vorbehält. Man hatte in Paris geglaubt — und die Regelung gewisser Wirtschaftskreise, die Politik der Christlich-Sozialen und die Stimmen des Großteils der Wiener Presse, die so schlecht die Ansichten der Wiener Bevölkerung widerpiegelt, schienen dem Recht zu geben —, daß man Deutsch-Oesterreich dem Anschlußgedanken innerlich völlig entfremden und zur freien Anlehnung an die Entente bewegen könnte. Inzwischen hat man aber wohl erkannt, daß der Verzicht auf den Anschluß nur unter dem Zwang der gegenwärtigen Verhältnisse erfolgen würde, daß also ein dank der Zugeständnisse des Verbandes erstarktes Deutsch-Oesterreich später zu gegebener Stunde die Vereinigung mit dem Deutschen Reich doch vollziehen möchte. Grund genug für die am das Zustandekommen eines Groß-Deutschlands besorgte französische Regierung, auch Wien gegenüber den Weg der politischen und wirtschaftlichen Strangulation als den ihr für alle Fälle sichersten zu beschreiten. Diesen Geist enthält der Entwurf von St. Germain, der obendrein ganze Teile der den Deutschen zugedachten Bedingungen wörtlich enthält.

Territoriale Zersplitterung, wirtschaftliche Abschneidung, finanzielle Unterdrückung — genau wie Deutschland gegenüber. Nur, daß sie das viel kleinere und weniger leistungsfähige Deutsch-Oesterreich noch stärker treffen würden, soweit man hier eine Steigerung überhaupt noch anwenden kann. Dazu kommen aber dann noch äußerst perfide Eingriffe in die innere Staatshoheit, die nichts Eringeres als eine Zerlegung des Deutschland innerhalb der Grenzen des von der Entente anerkannten Staates zum Ziele haben. Die Anschlußfrage wird auffallenderweise im Vertragsentwurf nicht berührt. Dennoch ist für Zweifel kein Raum, denn die Versailler Bedingungen fordern von Deutschland die Anerkennung der Unabhängigkeit Oesterreichs. Auch daß die Entente immer nur von Oesterreich, nicht von Deutsch-Oesterreich spricht, ist gegen den Anschluß zu deuten, wenn schon diese Benennung auch die raffinierte Verechnung der Alliierten künden soll. Deutsch-Oesterreich zum Kernland der ehemaligen Habsburger Monarchie und zum alleinigen Träger der ehemaligen kaiserlichen Politik zu stempeln, dem alle Lasten und Erfolgsrisiken aufzubürden wären. Und die empörende Ungerechtigkeit, die in der unterschiedlichen Behandlung der Teile des früheren Oesterreich-Ungarn und der einseitigen finanziellen Belastung Deutsch-Oesterreichs liegt, zumal da doch alle österreichisch-ungarischen Völker am Kriege gegen die Entente teilgenommen und auch Teile der schon ebendam ententefreundlichen freiwillig die Kriegspolitik mitgemacht hatten, findet sich auch in der territorialen Regelung des Viererrates. Kein Grundlag, kein Maßstab wird aufrechterhalten, sofern er einmal zugunsten von Deutschen ausfällt. Selbstbestimmungsrecht? Ja, für Tschechen und Slowenen, nicht aber für dreieinhalb Millionen Deutsche des Böhmer- und Sudetenlandes, nicht für die Deutschen Südtirols und Südkärntens, von Marburg und Klagenfurt.

# Die Arbeiterbewegung gegen den Gewaltfrieden

## Die Vorbereitung zum europäischen Generalfreik

Versailles, 5. Juni. (Drahtbericht.) Der politische Charakter der französischen Streikbewegung wird von den sozialistischen Blättern in Paris offen gegeben.

Versailles, 5. Juni. (Drahtbericht.) Nach einer Meldung der Pariser Abendzeitung 'Ceir' werden die Führer der englischen, italienischen und französischen sozialistischen Partei, die bereits kürzlich in Mailand eine Zusammenkunft hatten, in etwa acht Tagen in Paris wieder zusammentreten, um den Arbeitergewerkschaften der drei Länder die Abhaltung eines europäischen Generalfreiks von ein oder zwei Tagen vorzuschlagen. Die sozialistischen Führer beschließen, durch diese Resolutionen die Kraft der Arbeiterklasse und den Willen der Arbeiterschaft, sich jeder Intervention in Ausland zu widersetzen, zu beweisen.

Versailles, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Journal des Debats stellt fest, daß die Mehrheit der französischen Streiks nicht die Folge wirtschaftlicher Forderungen ist und nicht von den Gewerkschaftsführern geleitet wird. Sie brechen vielmehr auf Befehl, die von unbekanntem Stellen kommen, aus. Dieser Jahrs sei als spontane Anarchie zu bezeichnen. Die Bewegung bezweckt, wie die 'Liberte' in einem ähnlich gestimmten Artikel erklärt, nicht die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, sondern man wolle die russische Revolution retten und ihre Methoden in Frankreich einführen sowie ferner den Friedensvertrag von Versailles durch einen sogenannten Frieden der Verschönerung ersetzen.

Basel, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der 'Anwalt' begrüßt die gleichzeitig bei den Alliierten angekündigten Generalfreiks und bemerkt, daß große Umwälzungen in den Entente-Ländern sich vorbereiten. Die Arbeiterschaft protestiert jetzt einmütig gegen den Gewaltfrieden. Man schätzte am Mittwoch die Zahl der in Frankreich ausständigen Arbeiter auf 600 000, in Italien auf 100 000, in Belgien auf 150 000. Die offiziellen italienischen Sozialisten verteilen neue Aufträge an das Proletariat, daß die Entente gekommen sei. Die Monarchie zu stürzen und die Diktatur des Proletariats aufzurichten.

Lugano, 5. Juni. (Drahtbericht.) Der 'Anwalt' meldet: Der Generalfreik greift von Rom nach Rom über. Es finden dort Protestkundgebungen unter Mitwirkung englischer Sozialisten gegen den Gewaltfrieden und gegen Frankreich statt. Im Streikgebiet werden Truppen aller Waffengattungen zusammengezogen, worüber die Bevölkerung aufs Äußerste erregt ist.

## Der Stand der französischen Streikbewegung

Versailles, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Gegenüber der Streikbewegung, die sich über Paris und ganz Frankreich ausbreitet, tritt das Interesse an den Friedensverhandlungen mehr und mehr zurück. Nach einer Aufstellung des 'Intransigent' streiken zurzeit außer den Bergarbeitern der nördlichen Kohlenwerke in Paris die Angestellten der Untergrundbahn, der Straßenbahn, der Omnibusse sowie sämtliche Transportarbeiter, Metallarbeiter, die 300 000 Mann zählen, die Bronzarbeiter, chemischen Industriearbeiter, Schuharbeiter sowie die Arbeiter der Zuckerfabriken. Teilstreiks sind ausgebrochen unter den Textilarbeitern, Warenhausangestellten und Konfektionsarbeitern. Wahrscheinlich werden in kurzer Zeit die Schlosser, Klempner, optischen Arbeiter und Schneiderinnen ebenfalls streiken. Ferner werden die Eisenbahnangestellten die Ausübung des Streiks; gleichermäßen planen die Bankbeamten die Wiederaufnahme des Streiks.

Versailles, 4. Juni. (Drahtbericht.) Den Abendblättern zufolge scheint die Streikbewegung in Paris und Frankreich unersättlich zu sein. Der Betrieb einiger Pariser Untergrundbahnlinien wurde teil-

weise von Streikbrechern wieder aufgenommen. Bei zahlreichen Gewerkschaften scheint die Übung zu bestehen. Die Elektriker haben in den Pariser Werksstätten teilweise zu streiken begonnen. Laut 'Populaire' haben mehrere Gewerkschaften in den Provinzstädten, namentlich in Marseille und Limoges, den Streik erklärt. In Versailles haben die Streikbeschneidungen vorläufig die Arbeit wieder aufgenommen.

Versailles, 5. Juni. (Drahtbericht.) Das Erscheinen der Zeitungen ist in Frage gestellt. Die Zeitungsdrucker streiken seit Mittwoch abend. Die Elektrikalisarbeiter werden heute über den Streikbeschuß beraten. Auch die Arbeiter der chemischen Industrie sind in den Streik getreten.

## Stimmungsbild aus Versailles

Versailles, 5. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Während die Gesandten in Paris von den zahlreichen Streiks beherrscht ist, kommen innerhalb der eigentlichen Friedenskonferenz heftige Gegenstände zum Ausdruck. Der 'Intransigent' kündigt in der Lederchrift eines Leitartikels an, daß Lord George eine Note vorbereite, die spätestens am Freitag veröffentlicht werde. Der Gegenstand dieser Note ist jedoch im 'Intransigent' nicht nachzulesen, da der Artikel fast ganz von der Zensur gestrichen ist. Sehr interessant ist ein Leitartikel des offiziellen 'Temps', in dem die Regierung aufgefordert wird, einen klaren Entschluß zu fassen und die Einheit mit den anderen Regierungen der Entente herzustellen. In amerikanischen führenden Kreisen erregte man, daß man die auf die Wiedergutmachung bezüglichen Abschnitte verbessern könnte, indem man wohl eine Konsolidierung, nicht aber eine Forderung der deutschen Schuld zugebe. Der allgemeine Eindruck, der sich aus allen diesen Verhandlungen ergibt, ist immer nur der, daß namentlich von englischer Seite Einwendungen gegen den Gedanken des reinen Gewaltfriedens gemacht werden. Welche Stimmung dabei innerhalb der alliierten und assoziierten Länder, insbesondere aber der kleinen Staaten herrscht, geht aus den Nachrichten über einzelne Proteste hervor, die der 'Temps' veröffentlicht. So erhebt Montenegro dagegen Einspruch, daß Serbien für die in Montenegro während des Krieges eingetretenen Verluste entschädigt wird. Montenegro verlangt weiter den Abmarsch der serbischen Truppen aus seinem Gebiet. Ferner liegt ein Protest Chinas gegen die Regelung der Schantungfrage vor. In dem Protest wird erklärt, daß die jetzige Lösung nicht von einiger Dauer sein könnte. Der Völkerbund müsse gegen dieses schreiende Unrecht einschreiten. Auf alle Fälle werde die für China unangenehme Entscheidung der Friedenskonferenz das Beste haben, daß das chinesische Volk aufwache und Entschlüsse fasse, um sich selbst sein Recht zu holen. Auch der Delegierte der Stadt Fiume protestiert. Er weist darauf hin, daß Fiume unter dem ungarischen Königreich das Recht hatte, seine Zustimmung zur Durchführung der ungarischen Forderung in seinem Bezirke zu verweigern. Diese Autonomie wolle die Friedenskonferenz der Stadt Fiume jetzt nehmen. Aber Fiume werde niemals die Entscheidung der Friedenskonferenz anerkennen, da seine Rechte nicht berührt würden. Da der 'Temps' eine sehr vorsichtig geleitete offizielle Zeitung ist und nur die Dinge veröffentlicht, die seinen politischen Interessen dienen, so sind interessante Schlüsse über Anzahl und Art Ähnlicher aber unbekannt bleibender Proteste nicht von der Hand zu weisen. Bekannt ist ferner die Tatsache, daß der angekündigte Vortrag des amerikanischen Finanzdelegierten bei der Friedenskonferenz, Lamont, über die finanzielle Wiederherstellung Europas auf Befehl Wilsons nicht gehalten werden dürfte. Unter diesen Umständen klingt die Nachricht, daß die Antwort der Entente auf den deutschen Gegenantrag bereits am Sonnabend überreicht werden solle, weniger bestimmt. 'Intransigent' sagt zwar, daß man immer noch an eine Ueberreichung vor Sonnabend glaube, daß man aber dessen noch nicht ganz sicher sei. Die Hauptsache sei nicht, daß man sich über redaktionelle Einzelheiten einig, sondern daß man über den Geist, in dem der Wunsch nach Konzessionen oder, besser gesagt, die Friedensvorschlüsse des Grafen Brochard-Ranach geprüft werden müssen, eine Ueberreicherung herzustellen habe. Das Blatt sagt hinzu, daß sich bei der Beratung über die Frage von Fiume eine Erregung zeigte, die als gefährlich bezeichnet werden müsse.